

2014.SR.000167

**Kleine Anfrage Fraktion SVP (Ueli Jaisli, SVP): Unnötige Gerichtskosten:
Wer hat bezahlt?**

In der Sache geht es um eine Kollektivbeschwerde gegen die unbefristete Betriebsbewilligung des AKW Mühleberg. Am 28. März 2013 lehnte das Bundesgericht eine entsprechende Beschwerde ab und stellte den 116 Beschwerdeführern die Partei- und Verfahrenskosten in der Höhe von Fr. 100'000.00 in Rechnung. Mit diesem Betrag haften die Beschwerdeführer solidarisch. Daraufhin forderte ein GB-Vorstoss in einer Motion, die Stadt Bern solle sich mit den unterlegenen AKW-Gegnern solidarisieren und sich finanziell an den Kosten beteiligen. Ich bitte den Gemeinderat die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wurden die Gerichtskosten beglichen? Wenn Ja, durch wen?
2. Hat sich die Stadt vollumfänglich oder anteilmässig an den Gerichtskosten beteiligt?

Die Fragen aus der Bevölkerung erscheinen im öffentlichen Interesse, da wir oft darauf angesprochen werden.

Bern, 22. Mai 2014

Erstunterzeichnende: Ueli Jaisli

*Mitunterzeichnende: Henri-Charles Beuchat, Roland Jakob, Manfred Blaser, Hans Ulrich Gräni-
cher, Nathalie D'Addezio, Erich Hess, Kurt Rüeegsegger*